

HRK-Jahrestagung

Hochschule in der Ökonomie

Anlässlich des vierhundertjährigen Jubiläums der Justus-Liebig-Universität findet am 3. und 4. Mai die Jahrestagung der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) in Gießen statt. Sie steht unter dem Motto "**Hochschule – Wirtschaft**" und geht der Frage nach, wie sich universitäre Forschung besser in den ökonomischen Verwertungsprozess integrieren lässt. Neben den Präsidenten der deutschen Hochschulen werden daher auch hochrangige Vertreter aus Politik und Wirtschaft anwesend sein, darunter **Peer Steinbrück** (Bundesfinanzminister), **Roland Koch** (Hessischer Ministerpräsident), **Erich Thies** (Generalsekretär der Kultusministerkonferenz), **David Marsh** (Direktor des Consulting-Unternehmens London & Oxford Group), **Ekkehard Schulz** (Vorstandsvorsitzender von Thyssen Krupp) sowie **Andreas Schlüter** (Generalsekretär des privatwirtschaftlich finanzierten Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft). Zudem sind zahlreiche Lobbyisten eingeladen, vor allem vom **Bertelsmannkonzern**, der aus unternehmerischen Eigeninteressen schon seit vielen Jahren auf die Liberalisierung des staatlichen Bildungssektors hinwirkt. So verwundert es kaum, im Tagungsprogramm ein klares Bekenntnis zur **neoliberalen Einheitsdoktrin** zu finden: "Eine qualifizierte Ausbildung, Exzellenz in der Forschung, deren Vernetzung mit der Wirtschaft und ein anwendungsoffenes Forschungsklima sind Vorraussetzungen, um mit der von unseren Weltmarktkonkurrenten vorgegebenen Dynamik auf Dauer mithalten zu können." Wie eng die HRK bereits mit der Privatwirtschaft zusammenarbeitet, lässt sich beispielsweise daran ablesen, dass sie gemeinsame Pressemitteilungen mit dem **Bund der Deutschen Arbeitgeberverbände** (BDA) veröffentlicht, das von der Bertelsmann-Stiftung initiierte **Centrum für Hochschulentwicklung** (CHE) zu 25 % mitfinanziert (ca. 800.000 Euro p.a.) oder sich vom **GATE-Konsortium**, einer aus Bundesmitteln geförderten Agentur für internationales Hochschulmarketing, beraten lässt. Wenn sie sich daher nicht nur für die **Einführung von nachgelagerten Studiengebühren** ausspricht (9. Juni 2004), sondern ebenfalls die Beschleunigung des **Bologna-Prozesses** (Bachelor- bzw. Masterstudiengänge) fordert (12. Februar 2007), mit dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft **Preise für "exzellente Hochschullehre"** (Ars Legendi) auslobt (29. März 2007) sowie die **Abschaffung der Zentralen Vergabestelle für Studienplätze** (ZVS) begrüßt (12. März 2007), geschieht dies in erster Linie deshalb, weil sie in den Einflussbereich des Großkapitals geraten ist.

Dabei sollte die HRK eigentlich, wie sie es für sich selbst in Anspruch nimmt, "**die Stimme der Hochschulen**" sein – und zwar als Vertretung aller im tertiären Bildungsbereich tätigen Menschen (Professoren, Studierende, Mittelbau, technisch-administrative Mitarbeiter). Das würde bedeuten, sich nicht einseitig an Wirtschaftsinteressen zu orientieren, aus den Hochschulen keine Dienstleistungsbetriebe zu machen und die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre zu bewahren. Die Rektoren müssten auf die Bedürfnisse der Universitätsangehörigen eingehen, anstatt selbstherrliche Beschlüsse zu fassen.

Dieses Problem kann aber nur dadurch gelöst werden, dass ihre Machtvollkommenheit im Zuge einer wahren **Demokratisierung der Hochschulen** abgebaut wird. So ist z.B. nicht nachzuvollziehen, warum die universitären Gremien immer mehr an Bedeutung verlieren, keine paritätische Mitbestimmung existiert und die Wahl der Hochschulleitung mehrheitlich den Professoren vorbehalten bleibt.

Aus diesem Grund fordern wir:

1) inneruniversitär:

- Beschneidung der präsidialen Gewalt
- Verkürzung von Amtszeiten
- Stärkung des Senats sowie der Fachbereichsräte
- kleine, dezentrale Verwaltungseinheiten
- Viertelparität über das 'Kreuzwahlverfahren'
- Minderheitenschutz
- Selbstverwaltung aller universitären Statusgruppen

2) HRK-bezogen:

a) strukturell:

- öffentliche Sitzungen
- transparente Entscheidungsprozesse
- Mitbestimmung für Studierende und Hochschulmitarbeiter

b) inhaltlich:

- freier Hochschulzugang
- keine universitären Auswahlverfahren
- Breiten- statt Elitenförderung
- sofortige Einstellung von Zahlungen an das CHE
- Erhalt der Volluniversität
- Unterstützung der kritischen Wissenschaften
- Hochschulautonomie in demokratischer Verantwortung
- mehr Studienplätze
- Steigerung der öffentlichen Mittelzuweisungen
- keine Ausgründungen, Privatisierungen oder Stiftungsuniversitäten
- Kooperation statt Konkurrenz
- Rückführung bzw. Eingliederung nichtöffentlicher Forschungs- und Lehrstätten
- Förderung der Grundlagenforschung
- keine einseitige Ausrichtung an ökonomischen Gesichtspunkten



Wöchentliches Treffen:
donnerstags, 18h
ASta Gießen
Otto-Behagel-Straße 25d
0641/99-14800